

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
mit Antwort der Landesregierung
- Drucksache 17/4646 -**

„Richter sorgen sich um ihre Sicherheit“ - Was tut Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz?

Anfrage der Abgeordneten Mechthild Ross-Luttmann (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 23.11.2015, an die Staatskanzlei übersandt am 26.11.2015

Antwort des Niedersächsischen Justizministeriums namens der Landesregierung vom 21.12.2015, gezeichnet

Antje Niewisch-Lennartz

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* berichtete am 4. November 2015 in ihrer Onlineausgabe unter der Überschrift „Richter sorgen sich um ihre Sicherheit“: „Der Niedersächsische Richterbund (NRB) sorgt sich um die Sicherheit seiner Mitglieder und schlägt nun Alarm. Anlass ist ein erschreckender Fund bei einer Kontrolle im Eingangsbereich des Landgerichts Hannover. Dort haben die Wachtmeister einen Mann gestellt, der einen Revolver und 50 Schuss Munition mit sich führte. Der 46-Jährige konnte der Polizei übergeben werden. Diese ermittelt nun wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen das Waffengesetz. Der Richterbund fordert nun zum wiederholten Mal flächendeckende Einlasskontrollen an allen Gerichten im Land.“ In dem Artikel heißt es weiter: „Defizite bei der Materialbeschaffung, also bei Sicherheitsschleusen oder Scannern, sind nach Auffassung des Richterbunds nicht das Problem. Wesentlich gravierender sei der Mangel an Sicherheitspersonal, insbesondere an weiblichen Wachtmeistern. Die Forderung des NRB: Die Schaffung von 200 zusätzlichen Stellen im Land.“

Auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Mechthild Ross-Luttmann und Ansgar-Bernhard Focke „Hört die Justizministerin auf den scheidenden Oldenburger Oberlandesgerichtspräsidenten?“, Drucksache 17/3264, hatte die Landesregierung zum Sicherheitskonzept für die niedersächsischen Gerichte erklärt: „Aktuell sind deshalb keine Änderungen des gerade in Kraft getretenen Konzepts vorgesehen.“

Vorbemerkung der Landesregierung

Am 27. Oktober 2015 wurden im Rahmen der Einlasskontrolle im Landgericht Hannover bei einem Besucher eine Waffe und 37 Schuss Munition sichergestellt. Der Besucher betrat gegen 9.00 Uhr das Gerichtsgebäude und legte seinen Rucksack auf das Band des Gepäckscanners. Er gab ausweislich der vorliegenden Berichte an, dass er zur Staatsanwaltschaft wolle. Bei der Durchleuchtung des Rucksacks erkannte der Justizwachtmeister an dem Bildschirm des Gepäckscanners eine Waffe und zahlreiche Stück Munition. Es stellte sich heraus, dass es sich um eine angebrochene 50-Schuss-Schachtel mit tatsächlich noch 37 Schuss Munition handelte. Der Wachtmeister stellte die Waffe sowie die Munition umgehend sicher. Der Besucher nahm daraufhin freiwillig bis zum Eintreffen der Polizei im Foyer Platz. Zwei Beamte der Polizei mit Einsatzwagen waren innerhalb weniger Minuten vor Ort und übernahmen die weiteren Maßnahmen.

Die anschließenden polizeilichen Ermittlungen ergaben nach den vorliegenden Berichten, dass gegen den Besucher bundesweit keine kriminalpolizeilichen Erkenntnisse vorlagen. Er habe angegeben, die Waffe und Munition bei einer Haushaltsauflösung anlässlich des Umzugs eines Familienmitglieds gefunden zu haben. Ihm sei gesagt worden, er müsse diese bei der Staatsanwaltschaft abgeben. Da die Waffe und Munition getrennt transportiert worden waren und die Waffe auch nicht

geladen war, geht die Polizei laut ihrem Bericht von der Glaubhaftigkeit der Angaben des Besuchers aus.

Bereits 2014 hat das Justizministerium ein Sicherheitskonzept für die Gerichte und Staatsanwaltschaften entwickelt, das auch weiterhin konsequent umgesetzt wird und u. a. folgende Maßnahmen umfasst:

Sicherheitsschulungen

Im Jahr 2015 wurden 13 Schulungen zum Thema Sicherheit an Gerichten und Staatsanwaltschaften für Justizbedienstete (Zielgruppe: alle Bedienstete) regional an verschiedenen Gerichten in Niedersachsen durchgeführt:

- zwei im OLG-Bezirk Braunschweig:
 - am 10.11.2015 im Landgericht Braunschweig,
 - am 17.11.2015 im Amtsgericht Braunschweig,
- sieben im OLG-Bezirk Celle:
 - am 24.09.2015 im Amtsgericht Winsen,
 - am 02.11.2015 im Amtsgericht Lehrte,
 - am 11.11.2015 im Amtsgericht Buxtehude,
 - am 16.11.2015 im Amtsgericht Walsrode,
 - am 17.11.2015 im Landgericht Hannover,
 - am 19.11.2015 im Landgericht Bückeburg,
 - am 24.11.2015 im Amtsgericht Peine,
- zwei im OLG-Bezirk Oldenburg:
 - am 24.11.2015 im Landgericht Osnabrück,
 - am 08.12.2015 im Landgericht Oldenburg,
- zwei für die Fachgerichtsbarkeiten:
 - am 15.10.2015 im Sozialgericht Hannover,
 - am 10.11.2015 im Fachgerichtszentrum Braunschweig.

Daneben haben zwei Veranstaltungen „Deeskalation im gerichtlichen Verfahren - Sicherheitsschulung für Richterinnen und Richter“ (Zielgruppe: Richterinnen und Richter aller Gerichtsbarkeiten sowie Entscheider anderer Dienste z. B. Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, die im Bereich der Zwangsvollstreckung tätig sind) stattgefunden:

- am 16.03.2015 in Wildeshausen,
- am 09.11.2015 in Hannover.

Weiterhin wurden zwei Veranstaltungen „Prävention und Umgang mit verbalen und gewalttätigen Konflikten - Sicherheitsschulung für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher“ (Zielgruppe: Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher) durchgeführt:

- am 02.11.2015 in Hannover für den OLG-Bezirk Celle,
- am 17.11.2015 in Braunschweig für den OLG-Bezirk Braunschweig.

Erfahrungsaustausch Einlasskontrollen für den Justizwachtmeisterdienst

Die durch die Koordinierungsstelle bei dem Oberlandesgericht Oldenburg vorgelegten Ergebnisse der Evaluation bestätigen das derzeitige Aus- und Fortbildungskonzept für den Justizwachtmeisterdienst. Insgesamt gaben die Befragten positive Bewertungen zum Konzept und es konnte eine spürbare Verbesserung durch das Aus- und Fortbildungskonzept festgestellt werden.

Nachdem im Jahr 2014 die ersten Veranstaltungen für den Justizwachtmeisterdienst „Erfahrungsaustausch Einlasskontrollen“ erfolgreich stattgefunden haben, wurden im Jahr 2015 insgesamt acht weitere Veranstaltungen an den folgenden Terminen durchgeführt:

Bezirk Braunschweig:

- 14.10.2015 in Goslar,
- 21.10.2015 in Braunschweig,
- 22.10.2015 in Göttingen,

Bezirk Celle:

- 9.11.2015 in Hannover,
- 10.11.2015 in Tostedt,

Bezirk Oldenburg:

- 8.9.2015 in Oldenburg,
- 17.11.2015 in Osnabrück,

überregional:

- 13.10.2015 in Hannover.

Ansprechpartner für Sicherheitsfragen

Ein wichtiger Baustein zur Implementierung von Ansprechpartnern für Sicherheitsfragen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist abgeschlossen worden. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Ministeriums, der Landgerichte Braunschweig und Lüneburg sowie der Justizvollzugsanstalten Wolfenbüttel und Uelzen hatte es sich zu Beginn des Jahres u. a. zur Aufgabe gemacht, für die genannten Landgerichte Sicherheitskonzepte zu entwickeln. Diese Musterkonzepte sind zwischenzeitlich fertiggestellt und dem Geschäftsbereich zur Verfügung gestellt worden.

Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit

Im Jahr 2015 wurden zudem umfangreiche bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit ergriffen, die sich im Einzelnen aus der als **Anlage 1** beigefügten Tabelle ergeben.

Auch im kommenden Jahr sind im Rahmen des Sicherheitskonzepts vielfältige Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit an den Gerichten und Staatsanwaltschaften geplant.

Die Ansprechpartner für Sicherheitsfragen werden im nächsten Jahr unter Federführung von MJ mit ihren künftigen Aufgaben und Beratungsfunktionen für die Behörden und Geschäftsleitungen sowie aller übrigen Behördenangehörigen vertraut gemacht und entsprechend geschult werden. Für 2016 sind außerdem zunächst zehn Veranstaltungen zum Thema „Sicherheit in Gerichten und Staatsanwaltschaften“ geplant. Zudem ist beabsichtigt, die Veranstaltungen „Erfahrungsaustausch Einlasskontrollen“ für den Justizwachtmeisterdienst fortzuführen.

Auch bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit sind in Planung. Fest eingeplant sind derzeit bauliche Maßnahmen bei den Amtsgerichten Seesen und Wolfenbüttel (dort jeweils Umgestaltung des Eingangsbereichs unter Sicherheitsaspekten) sowie bei dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen (dort Umbau der Pförtnerloge nach den Vorgabe des LKA). Weitere bauliche Maßnahmen können erst nach Abschluss der zurzeit laufenden fachlichen Beratungen für die kleinen und großen Baumaßnahmen 2016 festgelegt werden.

Schließlich sollen den Gerichten und Staatsanwaltschaften wie in den vergangenen Jahren Mittel für die Beschaffung von technischen Sicherheitsgegenständen zur Verfügung gestellt werden.

1. Was hat Justizministerin Niewisch-Lennartz auf den im oben genannten HAZ-Artikel genannten Vorfall im Landgericht Hannover hin wann veranlasst?

Der Vorfall gab keinen Anlass, tätig zu werden.

2. Hat Justizministerin Niewisch-Lennartz den in dem o. g. HAZ-Artikel genannten Vorfall im Landgericht Hannover insbesondere zum Anlass genommen, Veränderungen an dem bestehenden Sicherheitskonzept für die niedersächsischen Gerichte zu veranlassen?

Nein.

3. Wenn ja, inwiefern, und wenn nein, warum nicht?

Der Vorfall gibt keinen Anlass zu Veränderungen an dem Sicherheitskonzept 2014.

4. Wird Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz die Forderungen des Niedersächsischen Richterbundes erfüllen?

Für das Haushaltsjahr 2016 sieht der Entwurf des Einzelplans 11 keine zusätzlichen Stellen für Wachtmeisterinnen und Wachtmeister vor.

5. Wie viele Angriffe gegen Justizbedienstete, sonstige gewalttätige Vorfälle und Vorkommnisse wie den jüngst am Landgericht Hannover passierten Fall gab es an den niedersächsischen Gerichten in 2015, wo fanden sie statt, und welche Folgen hatten sie?

Im Jahr 2015 gab es an niedersächsischen Gerichten ausweislich der dem Justizministerium aus dem Geschäftsbereich vorliegenden Berichte bisher an den Amtsgerichten Geestland, Hannover, Wolfenbüttel und Wolfsburg je einen Angriff auf Justizbedienstete, außerdem an den Amtsgerichten Braunschweig, Hameln, Peine, Salzgitter, Meppen sowie bei den Landgerichten Braunschweig und Verden, bei dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen und dem Sozialgericht Hannover je einen sonstigen gewalttätigen Vorfall, am Amtsgericht Winsen zwei sonstige gewalttätige Vorfälle sowie beim Amtsgericht Hannover drei sonstige gewalttätige Vorfälle. Bei dem Landgericht Hannover gab es einen Waffen- und Munitionsfund; vergleichbare Fälle gab es an niedersächsischen Gerichten in 2015 indes nicht. Es wurden bei dem Amtsgerichten Leer, Neustadt am Rübenberge und den Justizbehörden Verden jeweils Munition und bei dem Amtsgericht Osnabrück eine Schreckschusspistole ohne Munition gefunden. Wegen der Einzelheiten wird auf **Anlage 2** verwiesen.

6. Hätten diese Angriffe bzw. Vorfälle durch Kontrollmaßnahmen, Sicherheitsmaßnahmen und/oder mehr Sicherheitspersonal an den Gerichten verhindert werden können?

Es wird auf die Antwort zu Frage 13 der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Mechthild Ross-Luttmann und Ansgar Bernhard Focke (CDU) vom 24. Februar 2015 (Drs. 17/3264) verwiesen.

7. Wenn ja, inwiefern, und wenn nein, warum nicht?

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

8. Was hat Justizministerin Niewisch-Lennartz in 2015 unternommen, um die Sicherheit an den niedersächsischen Gerichten zu verbessern?

Auf die Vorbemerkungen und auf die Antworten zu der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe und Christian Grascha (FDP) vom 31. August 2015 (Drs. 17/4150) wird verwiesen.

9. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an den niedersächsischen Gerichten plant Justizministerin Niewisch-Lennartz für 2016?

Auf die Vorbemerkungen wird verwiesen.

Anlage 1

Übersicht über die 2015 durchgeführten baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an niedersächsischen Gerichten:

| Ort | Bezeichnung der Maßnahme | Kosten |
|---------------------------------|---|---|
| OLG-Bezirk Braunschweig: | | |
| Amtsgericht Braunschweig | Umgestaltung der Rechtsantragsstelle (gläserne Türen, Vorsehen von Fluchtwegen) | 20.000 € |
| Amtsgericht Salzgitter | Umbauten im Bereich der Vorführzellen und dem Vorführweg der Gefangenen im Schöffengerichtssaal | 30.000 € |
| OLG-Bezirk Celle: | | |
| Oberlandesgericht Celle | Videoüberwachungsanlage in den Vorführzellen (Sicherheitstrakt) | 11.667,66 € |
| Amtsgericht Burgwedel | Erweiterung der Videoüberwachungsanlage in den Vorführzellen | 9.867,91 € |
| Landgericht Hannover | Sicherung des Übergangs vom Landgericht/Staatsanwaltschaft zum Amtsgericht mit transpondergestütztem Einlasssystem (Zutritt nur für Mitarbeiter und Anwälte des Anwaltsvereins) | 11.000 € |
| Landgericht Hannover | Erneuerung der Außenkameras zur Sicherung des Dienstgebäudes | 17.000 € |
| Amtsgericht Elze | Installation einer Videoüberwachungsanlage in allen Fluren | 32.000 € |
| Amtsgericht Elze | Umgestaltung des Informationsbereichs der Wachtmeisterei | 2.100 € |
| Amtsgericht Lehrte | Einbau einer Sicherheitsglasscheibe mit Gegensprechanlage und Schiebemulde | 29.000 € |
| Amtsgericht Celle | Erweiterung der vorhandenen Videoüberwachungsanlage | 25.000 € |
| Landgericht Lüneburg | Sicherung diverser Nebenein-/ausgänge mit Türwächtern (Alarmsicherung) und teilweise elektronischer Doppelzylinder (auch Beratungszimmer der großen Strafkammern Saal 21 u. 121) | 7.500 € |
| Landgericht Lüneburg | Sicherung diverser Nebenein-/ausgänge mit ESG-Scheiben | 1.000 € |
| Landgericht Lüneburg | Sicherung diverser Kellerfenster mit Metalllochplatten und Eisengittern nach Vorgaben des LKA | 5.500 € |
| Landgericht Lüneburg | Anbringung durchwurfhemmender Sicherheitsfolie (DIN 52337) und ESG 6 mm an diversen Schaukästen, Terminaushängen, Fenstern in den Schwurgerichtssälen und an weiteren Glaselementen im Sicherheitsbereich | 13.500 € |
| Landgericht Lüneburg | Beginn des Ausbaus des Vorführzellenbereichs bis Oktober 2016 | 250.000 € (Gesamtsumme der Maßnahme) |
| Landgericht Lüneburg | Erweiterung der Videoüberwachungsanlage nach Absprache gemäß NDSG und Empfehlung des LKA | 2.500 € |
| Landgericht Lüneburg | Einbau einer Sicherheitstrennwand im Sitzungssaal 21 | 37.000 € |

| Ort | Bezeichnung der Maßnahme | Kosten |
|--|--|-----------|
| Amtsgericht Otterndorf | durchwurfhemmende Sicherheitsfolie für Gebäudefenster gemäß Vorgabe des LKA | 5.550 € |
| Amtsgericht Otterndorf | Ergänzung der Parkbeleuchtung gemäß Vorgabe des LKA | 3.000 € |
| Amtsgericht Walsrode | Einbau von Panikschlössern mit elektronischen Schließzylindern in Flurtüren, um nichtöffentliche Bereiche verschließen zu können. | 12.000 € |
| Amtsgericht Walsrode | Einbau von zwei neuen Fenstern in die Vorfürzellen entsprechend den Sicherheitsvorgaben | 9.100 € |
| Landgericht Verden | Beschaffung einer schusssicheren Wand zur Abtrennung des Zuschauerbereichs in einem Sitzungssaal | 68.000 € |
| OLG-Bezirk Oldenburg: | | |
| Oberlandesgericht Oldenburg | Erweiterung der (Transponder-)Schließanlage auf das Hoftor und die Hoftür im Hinblick auf eine bessere Zugangskontrolle zum Innenhof | 10.000 € |
| Oberlandesgericht Oldenburg - AJSD - Büro Cloppenburg | Gegensprechanlage mit Videoüberwachung und Aufwertung des Eingangsbereichs | 24.600 € |
| Oberlandesgericht Oldenburg - AJSD - Büro Hannover, Badenstedter Str. 12 | Videoüberwachung, Umbau des Anmelde- und Wartebereichs | 36.600 € |
| Landgericht Osnabrück | Notrufaufschaltung in den Sitzungssälen | 8.500 € |
| Amtsgericht Bersenbrück | Erweiterung der Videoüberwachungsanlage | 8.000 € |
| Amtsgericht Bersenbrück | Erweiterung der Personennotrufanlage | 8.100 € |
| Amtsgericht Brake (Unterweser) | Einbau einer elektronischen Schließanlage mit Transpondersystem für Haupt- und Nebengebäude | 25.000 € |
| Amtsgericht Emden | Elektronische Schließanlage (Außentüren) | 1.000 € |
| Amtsgericht Lingen | Anbindung der Nebenstelle an die drahtlose Personennotrufanlage | 5.700 € |
| Amtsgericht Nordhorn | Umgestaltung des Eingangsbereichs unter Sicherheitsaspekten | 175.000 € |
| Amtsgericht Nordhorn | Einbau neuer Schließtechnik in zwei Außentüren und die Tür zur Wachtmeisterei | 4.900 € |
| Amtsgericht Nordhorn | neue Videoüberwachungsanlage für den Eingangsbereich | 3.500 € |
| Amtsgericht Osnabrück | Einbau und Erweiterung der digitalen Schließanlage auf alle Außentüren, die gesamte Verwaltungsabteilung, sämtliche Sitzungssäle und die Gerichtsvollziehervertreterstelle | 35.000 € |
| Amtsgericht Osnabrück | Schließung der Liegenschaft Kollegienwall 9/10 für den Publikumsverkehr. Zutritt künftig nur noch für Bedienstete möglich. Anschließend Renovierung und Umnutzung der alten Wachtmeisterei | 500 € |
| Amtsgericht Wilhelmshaven | Erweiterung der elektronischen Schließanlage mit Transpondersystem für Haupt- und Nebengebäude | 25.000 € |

| Ort | Bezeichnung der Maßnahme | Kosten |
|--|--|--------------|
| Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen: | | |
| Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen | Ersetzen vorhandener Türelemente nach Vorgaben des LKA | 34.000 € |
| Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen | Errichtung eines Stahlgitterzaunes mit Übersteigsicherung nach Vorgaben des LKA | 20.000 € |
| Sozialgericht Hildesheim | Ausstattung sämtlicher Bürotüren einschl. der Durchgangstür zwischen Sitzungssaal und Beratungszimmer mit einer Schließanlage | ca. 26.000 € |
| Sozialgericht Hildesheim | Neuanschaffung von Funkfingern mit Alarmübertragung an Empfänger (ausgegeben an die Kolleginnen und Kollegen der Justizwachtmeisterei) | ca. 10.000 € |
| Sozialgericht Hildesheim | Einrichtung eines Rechtsantragsstellendienstzimmers einschl. Schreibtischanlage mit tresenartigem Aufbau | ca. 1.800 € |
| Landesarbeitsgericht Niedersachsen: | | |
| Arbeitsgericht Emden | Einrichtung eines Beratungszimmers als Flucht- und Rückzugsraum (Panikraum) | 8.000 € |
| Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht: | | |
| Verwaltungsgericht Lüneburg | Umgestaltung des Eingangsbereichs unter Sicherheitsaspekten | 82.000 € |

Anlage 2

Übersicht über die dem Niedersächsischen Justizministerium gemeldeten Angriffe gegen Justizbedienstete, sonstige gewalttätige Vorfälle und Waffen- bzw. Munitionsfunde an den niedersächsischen Gerichten im Jahr 2015 in chronologischer Reihenfolge:

| Ort | Art des Vorfalls | Folgen |
|--|---|--|
| Amtsgericht Hameln | Tödlicher Unfall während eines Fluchtversuches des Beschuldigten aus einem Fenster im 7. Stock des Amtsgerichts. Unterrichtung des Rechtsausschusses ist erfolgt. | Tod des Geflüchteten |
| Amtsgericht Leer | Acht scharfe Munitionsteile wurden im Rahmen einer anlassunabhängigen Einlasskontrolle sichergestellt. | Es werden weiterhin anlassunabhängige Einlasskontrollen durchgeführt. |
| Justizbehörden Verden | Eine Patrone wird im Rahmen einer anlassunabhängigen Einlasskontrolle sichergestellt. | - |
| Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen | Körperliche Auseinandersetzung zwischen Rechtsanwalt und Justizbediensteten Der Rechtsanwalt wollte unerlaubt mit einer Akte das Gerichtsgebäude verlassen, woran er gehindert wurde. | Leicht verletzter Rechtsanwalt |
| Amtsgericht Hannover | Im Anschluss an eine Strafverhandlung wehrt sich der gefesselte Angeklagte gegen die Rückführung zur Vorführzelle. | Leicht verletzter Wachtmeister und Angeklagter |
| Amtsgericht Peine | Störung einer Gerichtsverhandlung im unmittelbaren Anschluss an die Urteilsverkündung durch einen der vier Angeklagten und durch Zuschauer | - |
| Amtsgericht Geestland | Im Rahmen einer richterlichen Anhörung im Zuge eines Unterbringungsverfahrens nach dem Infektionsschutzgesetz (unbehandelte Tbc) reagiert der polizeilich Vorgeführte aggressiv, riss sich den Mundschutz herunter und spuckt um sich. | Keine Ansteckung von Bediensteten laut Untersuchungsbericht des Gesundheitsamtes |
| Amtsgericht Hannover | Versuchter Suizid eines Untersuchungsgefangenen (ausländischer Staatsbürger) durch Strangulation mit dem eigenen Oberhemd in der Vorführzelle Unterrichtung des Rechtsausschusses ist erfolgt. | Beschuldigter ist hirntot, wird aber noch beatmet Staatsanwaltliche Ermittlungen bleiben abzuwarten. |
| Amtsgericht Hannover | Eine versuchte Gefangenenbefreiung im Rahmen eines Verhandlungstermins konnte u. a. nur durch Einsatz von Pfefferspray nach vorheriger (wirkungsloser) Androhung verhindert werden. Unterrichtung des Rechtsausschusses ist erfolgt. | Ein nacheilender Justizwachtmeister erleidet durch Schläge und Tritte Verletzungen; leicht verletzter Untersuchungsgefangener |
| Amtsgericht Neustadt am Rübenberge | Im Rahmen einer Durchsuchung des Angeklagten wurden drei Patronen Munition gefunden. | - |
| Landgericht Verden | Tätlichkeit zwischen Verfahrensbeteiligten | - |

| Ort | Art des Vorfalls | Folgen |
|--------------------------|---|--|
| Sozialgericht Hannover | Randalieren eines Bürgers in der Rechtsantragsstelle | - |
| Amtsgericht Salzgitter | Im Rahmen einer Familiensache greift die minderjährige Verfahrensbeteiligte ihre Rechtsanwältin körperlich an, die sie im Anschluss an ein Streitgespräch mit ihrer Mutter beruhigen wollte. | Leicht verletzte Rechtsanwältin; Sachschaden |
| Amtsgericht Hannover | Versuchter Suizid eines Untersuchungsgefangenen durch Strangulation in der Vorführzelle kann von den wachhabenden Justizwachtmeistern verhindert werden. | - |
| Landgericht Braunschweig | Fluchtversuch einer Person kann auf dem Weg vom Gerichtssaal in die Vorführzelle durch körperlichen Einsatz nach wenigen Metern durch die Justizwachtmeister unterbunden werden. | - |
| Amtsgericht Osnabrück | Es wurde eine Schreckschusspistole (Marke Römer) im Waffenkoffer ohne Munition im Rahmen einer anlassunabhängigen Einlasskontrolle sichergestellt. | Es werden weiterhin anlassunabhängige Einlasskontrollen durchgeführt. |
| Amtsgericht Meppen | Selbstverletzung eines zur Strafverhandlung vorgeführten Untersuchungsgefangenen in der Vorführzelle. Im Einverständnis des Angeklagten und dessen Verteidiger fand anschließend die Strafverhandlung statt. | Leicht verletzter Untersuchungsgefangener |
| Amtsgericht Winsen | Mutwillige Sachbeschädigung des vor dem Gerichtsgebäude geparkten, privaten Pkws der für die Haftprüfung zuständigen RichterIn. | Sachschaden |
| Amtsgericht Braunschweig | Versuchter Suizid eines zur Haftprüfung vorgeführten Beschuldigten durch Strangulation mittels Ganzkörperoverall. Als dies durch die wachhabenden Justizwachtmeister unterbunden wurde, schlug der Untersuchungsgefangene mehrmals mit dem Kopf gegen die Wand. | Verletzter Untersuchungsgefangener; Zuführung in die psychiatrische Klinik, aus der Beschuldigte kurze Zeit später wieder entlassen wurde |
| Landgericht Hannover | Auffinden einer Waffe und 37 Schuss Munition im Rahmen einer Einlasskontrolle. Der Besucher hatte angegeben, diese bei der Staatsanwaltschaft abgeben zu wollen. Die Polizei bestätigt diese Aussage. | Sensibilisierung aller Bediensteten Ausstattung der Bediensteten des Justizwachtmeisterdienstes mit ballistischen Westen und stichfesten Handschuhen Erneuerung der Handschellen |
| Amtsgericht Wolfenbüttel | Körperliche Auseinandersetzung zweier Besucher, die des Hauses verwiesen worden waren und erneut Zutritt begehrten, mit den Justizwachtmeistern im Eingangsbereich | Zwei leicht verletzte Justizwachtmeister Der Eingangsbereich wird unter Sicherheitsaspekten umgestaltet (siehe auch Anlage zu Antwort auf Frage 9) |

| Ort | Art des Vorfalls | Folgen |
|-----------------------|---|--|
| Amtsgericht Winsen | Selbstverletzung einer gerichtsbekannt-ten Person im Amtsgerichtsgebäude | Leicht verletzter Bürger; ein anwesender Justizwachtmeister ist aufgrund der psychischen Belastung seit dem 04.11.2015 krankgeschrieben und befindet sich in psychologischer Behandlung. |
| Amtsgericht Wolfsburg | Ein Untersuchungsgefangener unternahm einen Fluchtversuch aus dem Gerichtssaal und warf dabei den nacheilenden Justizwachtmeistern den schweren Zeugenstuhl in den Weg. | Verletzter Justizwachtmeister; Sachschaden |